

Probleme der sozialistischen Frauenorganisation

Autor(en): **Huggler, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **4 (1924-1925)**

Heft 7

PDF erstellt am: **26.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-328927>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

trug der Umsatz dieser Vermittlungsstelle über Fr. 15,000. Die Jugendzentrale versteht in dieser Richtung ein wenig die Aufgabe, die bei uns den in Holland unbekanntem „Naturfreunden“ obliegt. Sie organisiert im Einverständnis mit den Ortsgruppen größere Tagungen und Feste und richtet überhaupt alles ein, was nur zentral mit Aussicht auf Erfolg an die Hand genommen werden kann. 1921 wurde die Schaffung eines besonderen Lagerfonds beschlossen und durch die Opferwilligkeit der Jugendlichen, die dafür allerlei Karten und andere Dinge vertrieben, so rasch geäußert, daß schon an der letzten Pfingsttagung ein eigenes Ferienheim in Bierhouten eröffnet werden konnte. Dort haben in Abteilungen von 50 bis 60 letzten Sommer eine große Zahl jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Ferien verbracht. Der Fonds wird weiter vergrößert zur besseren Einrichtung des Hauses und zur Ermöglichung ähnlicher Ferienheime in anderen Landesgegenden. Die neueste Schöpfung der Zentrale ist eine Sparkasse, die es den Jugendlichen erleichtern soll, Geld für besondere Ausgaben, wie Reisen oder Anschaffungen, zurückzulegen. Durch die Zentrale geht auch der ziemlich rege und fördernde Verkehr mit den deutschen und anderen der sozialistischen Jugendinternationale angeschlossenen Jugendorganisationen.

Die Zentrale wird zum kleineren Teil mit dem von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften geleisteten Beitrag von 7000 Gulden (Fr. 14,000) finanziert. Einen stets wachsenden Teil (1921 60 %, 1923 schon 81 %) der Kosten tragen die Jugendvereine selbst, die pro Mitglied und Woche der Zentrale 5 Cent (10 Rp.) abliefern*). Die Jugendbewegung, die den Jungen und Mädchen soviel Förderung und Freude bietet, sie vom Kino, vom Wirtshaus und vom Rauchen fernhält, hatte durch ihre Leistungen auch die alten Skeptiker in der Hauptsache zu gewinnen verstanden, so daß ihr heute von den Eltern wie von der Partei immer mehr Vertrauen entgegengebracht wird und man sich deshalb auch nicht mehr gescheut hat, ihr letztes Jahr eine ziemlich große Selbständigkeit einzuräumen.

Probleme der sozialistischen Frauenorganisation.

Von A. S u g g l e r.

I.

Mit seinem Aufsatz „Ein proletarischer Frauenbund“ (5. Heft, 4. Jahrgang der „Roten Revue“) hat Genosse Jacques Schmid ein Thema angeschnitten, das in nächster Zeit in Parteikreisen wieder an Aktualität gewinnen wird, nachdem die zentrale Frauenagitationskommission demissioniert hat und die Herausgabe der Frauenkorrespondenz bis auf weiteres suspendiert werden muß.

*) Der öffentliche Mitgliederbeitrag beträgt in den Amsterdamer Ortsgruppen 25 Cent.

Von der Auffassung ausgehend, es sei zur Förderung unserer Parteibewegung, wie im Interesse der Arbeiterfrauen selber, sehr notwendig, eine möglichst große Zahl von Frauen für unsere Bewegung zu gewinnen, habe ich seit meinem Amtsantritt als Parteisekretär mit besonderem Interesse die Bestrebungen der zentralen Frauenagitationskommission (F. A. K.) verfolgt. Was deren bisherige Resultate anbetrifft, sind leider die von Genosse Schmid abgegebenen Urteile in vollem Umfange zutreffend.

Im Jahre 1919 zählte die Partei unter 49,000 vollzahlenden Mitgliedern rund 4000 weibliche. Am Jahreschluß 1923 waren von rund 33,000 Mitgliedern noch etwa 1800 weibliche Parteimitglieder, trotzdem es an Bemühungen, die Frauen für unsere Parteibewegung zu interessieren, nicht gefehlt hat. Freilich bildet die Zahl der Organisierten einen nur unvollständigen Maßstab, um die Entwicklung der Verhältnisse auf diesem Gebiete zu beurteilen. Wir müßten darüber hinaus wissen, wie viele Frauen die Parteipresse lesen, an Versammlungen und Veranstaltungen der Partei und der Bildungsausschüsse teilnehmen, wie weit sie die Teilnahme ihrer Männer an der Parteibewegung fördern oder hindern u. s. f. — Hierüber stehen uns umfassende Angaben nicht zur Verfügung. Die vereinzelt beobachtungen und Meinungsäußerungen, auf die wir uns stützen können, entsprechen mit wenigen Ausnahmen den von Genosse Schmid hierüber gemachten Feststellungen, d. h. sie lauten ungünstig.

Es besteht somit auch Uebereinstimmung zwischen uns, daß Besserung not tut und den Ursachen dieses unbefriedigenden Zustandes nachgegangen werden muß, um die hierfür geeigneten Mittel zu finden.

Genosse Jacques Schmid sieht den Hauptgrund für das Fernbleiben der proletarischen Frauen von unserer Bewegung darin, daß das Frauenwahl- und -stimmrecht in der Schweiz fehlt, „daß also die Frau vom politischen Leben ausgeschlossen ist“, wie er sich ausdrückt. Er sagt ferner: „Wir sind in der Schweiz mit allen unseren politischen Verhältnissen zu weit rückständig, als daß die Frauen mit gleichem Interesse im öffentlichen Leben stehen könnten wie die Männer.“ Diese letztere Erklärung ist zutreffend, aber unvollständig. Die erstere halte ich für unrichtig, die zweite für übertrieben.

Wenn ich besonderen Wert auf die kritische Prüfung solcher Erklärungen lege, so nicht aus Freude am Streit um bloßer Rechthaberei willen oder um den Wert der Verdienste des Genossen Schmid um die proletarische Frauenbewegung anzuzweifeln. Es handelt sich für uns beide darum, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um einem auch von Genosse Schmid festgestellten und charakterisierten Uebelstand abzuhelpen. Im vorliegenden Falle ist noch zu prüfen, ob der von der solothurnischen Partei eingeschlagene Weg als richtig

und für die Parteiorganisationen in der übrigen Schweiz als gangbar betrachtet werden kann.

Die richtige Antwort auf die Fragen liegt nur in der richtigen Erkenntnis und Bewertung der Ursachen. Die Probe für die Richtigkeit der Antwort ist aus den bisherigen Erfahrungen zu gewinnen.

Wenn ich behauptete, daß das Fehlen des Frauenwahl- und -stimmrechtes nicht als Hauptgrund für das Fernbleiben der proletarischen Frauen von der Parteibewegung in Betracht komme, soll das nicht heißen, daß die Verwirklichung der politischen Gleichberechtigung der Frau nicht ein vermehrtes, zu Anfang möglicherweise sogar intensives Interesse für die politischen Fragen in weiten Frauenkreisen wecken würde. Damit ist aber noch keineswegs bewiesen, daß die Frauen deshalb sich in großer Zahl unserer Bewegung anschließen, an ihr aktiv teilnehmen würden. Mit einziger Ausnahme von Deutschland, Österreich, wo neben speziellen politischen Verhältnissen besonders günstige Parteiverhältnisse, vor allem aber die wirtschaftlichen Zustände, d. h. zwingende materielle Notwendigkeiten, die Frauen der arbeitenden Klasse in Massen der sozialistischen Parteibewegung zuführten, lauten die im Ausland gemachten Erfahrungen ungünstig. Aus Gründen, die den Lesern der „Roten Revue“ leicht verständlich sein werden, möchte ich lieber davon absehen, die Mitteilungen, die mir aus einer Umfrage bei den Bruderparteien Finnlands, Schwedens, Englands, Hollands und der Tschechoslowakei zur Verfügung stehen, hier zu veröffentlichen. Die in Deutschland bisher mit dem Frauenwahl- und -stimmrecht gemachten Erfahrungen sind bekannt.

Aus alledem dürfen für eine spätere Zukunft keine voreiligen Schlüsse gezogen werden, doch dürfen und müssen wir, gerade im Interesse der sozialistischen Frauenbewegung selbst, vor Illusionen und unrichtigen Meinungen warnen. Wenn schon die im Ausland seit fünf Jahren gemachten Erfahrungen gezeigt haben, daß die Einführung des Frauenwahl- und -stimmrechtes eine wesentliche Stärkung der Parteibewegung nicht gebracht hat, ist die Schlussfolgerung erlaubt, daß dessen Mangel also nicht als Hauptursache für das Fernbleiben der proletarischen Frauen von der sozialistischen Arbeiterbewegung gelten kann. Er bildet eine Ursache dieser Erscheinung, aber — und das scheint mir wichtig, festzuhalten — eine solche von sekundärer Bedeutung. Es gibt, wenigstens für die Schweiz, eine ganze Reihe von viel schwerwiegenderen Ursachen, aus denen die Schwäche unserer sozialistischen Frauenbewegung zu erklären ist.

Bevor auf diese näher eingetreten wird, sei mir noch gestattet, festzustellen, daß es nicht richtig ist, wenn behauptet wird, die Frauen seien in der Schweiz von der Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen. Ganz speziell unzutreffend wäre eine solche Behauptung für die Frauen,

die sich um die Partei und Gewerkschaftsbewegung kümmern, schon deshalb, weil beide Arten der modernen Arbeiterorganisation den Frauen volle Gleichberechtigung mit den Männern einräumen. Es gilt aber auch im allgemeinen nicht, weil das politische Leben sich doch nicht in der Ausübung des Wahl- und Stimmrechtes oder in der direkten Beteiligung an gesetzgebenden Körperschaften erschöpft. — Man darf bei der Beurteilung dieser Fragen den Kreis der Beobachtung nicht gar zu eng ziehen. Abgesehen von der Ausübung der hier mehrfach erwähnten politischen Rechte, ist auch in der Schweiz den Frauen, die Lust und Zeit dazu haben, viel Gelegenheit geboten, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen und ganz besonders die Gestaltung der Gesetzgebung für Schul- und Erziehungsfragen, des Fürsorge- und Armenwesens, der Arbeiterschutzesgesetzgebung und Sozialversicherung zu beeinflussen. Was nicht minder wichtig ist, die Frauen, die über die nötige freie Zeit und über die erforderlichen Kenntnisse verfügen, können bei der Ausführung und Handhabung dieser Gesetze und der mit ihnen zusammenhängenden Verordnungen mitwirken.

Ob dieser Einfluß und diese Mitarbeit immer in Uebereinstimmung mit den Bestrebungen unserer Partei erfolge oder nicht, braucht jetzt nicht näher untersucht zu werden. Ebenso spielt in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Frauen der Arbeiterklasse weniger als die der Bourgeoisie ihren Einfluß geltend machen können, keine Rolle, weil es sich da um Wirkungen der sozialen Klassenunterschiede und nicht um solche des Mangels der politischen Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne handelt.

Nicht zuletzt als Folge der sozialistischen Agitation ist im Laufe der letzten Jahrzehnte auch in der Schweiz der Einfluß der Frauen auf das politische Leben fühlbar geworden und ist trotz dem Fehlen des Frauenwahl- und -stimmrechtes im Wachstum begriffen.

Diese Feststellungen schienen mir notwendig, um zu verhüten, daß Frauen, die die Möglichkeit hätten, bei der sozialistischen Arbeiterbewegung erfolgreich mitzuwirken, den Mangel der politischen Gleichberechtigung als billige Ausrede benützen, um es nicht zu tun.

Leider hat die große Mehrzahl der Arbeiterfrauen ganz andere Gründe geltend zu machen, um ihr Fernbleiben von der Parteibewegung zu erklären. Damit sind wir wieder bei der eigentlichen Streitfrage angelangt.

II.

Abstrakt und ganz allgemein gesprochen, läßt sich für das Fernbleiben der Arbeiterfrauen von der Parteibewegung die folgende Erklärung geben: Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft machen es ihr viel schwerer als dem Manne, sich politisch zu betätigen.

Wir haben es da viel weniger mit den geltenden politischen Rechtsverhältnissen als mit Folgen der kulturellen Entwicklung der Gesellschaft zu tun. Diese letztere wird ebenso wie die politischen Verhältnisse in der Hauptsache durch die ökonomische Entwicklung bestimmt. Der Stand der Produktionsverhältnisse, im weitesten Sinne des Wortes verstanden (Gütererzeugung, Güteraustausch, Besitz- und Einkommensverhältnisse, die Rolle der verschiedenen Gesellschaftsschichten im Produktionsprozeß u. s. f.), ist es, der letzten Endes auch die Stellung der Frau in der Gesellschaft, die Möglichkeit und das Interesse für sie, an der politischen Bewegung aktiv teilzunehmen, bestimmt.

Was Genosse Jacques Schmid als politische Rückständigkeit bezeichnet, ist Folge zurückgebliebener oder unfertiger wirtschaftlicher Entwicklung. Ein Vergleich der sozialen und rechtlichen Stellung der Frauen in eigentlichen Agrarländern mit ihrer Stellung in industriell entwickelten Ländern dürfte ausreichen, um die oben angedeuteten Zusammenhänge zu erkennen. Eine weitergehende Erörterung der sozial-theoretischen Seite des Problems möchte ich mir für eine spätere Gelegenheit aufsparen, um mich den praktischen Folgen dieser Verhältnisse zuzuwenden.

Für die verheirateten Frauen wäre Verständnis und Interesse für mancherlei politische Fragen in höherem Maße vorhanden als für die ledigen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind sie derart durch häusliche Pflichten und Familiensorgen in Anspruch genommen, mit ihrer Bewegungsfreiheit und ihren Geldmitteln so knapp gehalten, daß es ihnen unmöglich ist, sich aktiv in konstanter Weise an der Parteibewegung zu beteiligen. Wohlverstanden, es ist hier nur von den Arbeiterfrauen die Rede. Für die Bauernfrauen und die Mehrzahl der Frauen des bürgerlichen Mittelstandes steht die Sache nicht viel günstiger, in manchen Fällen sogar schlimmer. Bei den Arbeiterfamilien hängt die materielle Existenz der Familie zumeist vom Erwerb, d. h. vom Ertrag der Lohnarbeit des Mannes ab, dem die Frau in der Besorgung der häuslichen Arbeiten und der Kinderpflege helfend zur Seite steht. Auf diese Hilfeleistung kann der Arbeiter nicht verzichten, sofern er politisch und gewerkschaftlich tätig ist, und solange kleine Kinder zu pflegen sind, ist es der Frau einfach unmöglich, sich auch noch in der Parteibewegung eifrig zu betätigen, ohne daß die Familie darunter leidet. Selbst wenn die Kinder größer geworden sind, bedürfen sie der Aufsicht und Erziehung, sonst geht die Sache schief. Die Teilnahme der verheirateten Frauen an der politischen Bewegung kann im wesentlichen nur als Gelegenheitsfrage in Betracht kommen. Nur in Ausnahmefällen finden wir günstigere Verhältnisse für die verheirateten Frauen vor. Doch ist auch der kleine Prozentsatz, für den diese günstigen Verhältnisse gelten, nur zum Teil für unsere Propaganda empfänglich, auch für sie bildet das Familienleben und nicht das Gesellschaftsleben den Rahmen ihres geistigen Horizonts, ein Resultat traditioneller Erziehung der Frau für die Familie. Die gesellschaftlichen Probleme inter-

effizieren diese Frauen nur, soweit sie in leicht erkennbarem Zusammenhang mit dem Familienleben stehen. Was darüber hinaus geht, erscheint ihnen zu kompliziert oder fernliegend, stellt Anforderungen an Bildung und Denkvermögen, denen nur wenige Arbeiterfrauen gewachsen sind, soweit es sich nicht um religiöse Dinge handelt. Was die verheirateten Arbeiterfrauen in der Schweiz anbetrifft, ist aus den bisher gemachten Erfahrungen zu schließen:

1. daß die überwiegende Mehrzahl in absehbarer Zeit überhaupt nicht zur aktiven Anteilnahme an unserer Parteibewegung zu gewinnen ist;

2. daß wir froh sein müssen, wenn es gelingt, diesen Teil der Frauen so weit zu bringen, daß sie der Teilnahme ihrer Männer an der Partei- und Gewerkschaftsbewegung nicht Widerstand leisten.

Die wenigen verheirateten Arbeiterfrauen, die trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen in der Parteibewegung mitmachen, verdienen unsere volle Hochachtung. Da es sich jedoch nur um eine verschwindend kleine Zahl von Genossinnen handelt, kommt die Unterstützung unserer Bewegung von dieser Seite materiell fast gar nicht, sondern nur als moralischer Faktor in Betracht.

Wie liegen die Verhältnisse für die andere Gruppe, d. h. für die ledigen und alleinstehenden Frauenpersonen? Die jüngeren Elemente unter den Arbeiterinnen stehen in der Regel in starkem Abhängigkeitsverhältnis zur Elternfamilie. Sobald sie selbständig geworden sind, konzentriert sich ihr Sinnen und Trachten, soweit es nicht vom Broterwerb absorbiert wird, darauf, den Anschluß an eine günstige Heiratsgelegenheit nicht zu verpassen. Die Mehrzahl der ledigen Arbeiterinnen betrachtet ihre Stellung im Produktionsprozeß und in der Gesellschaft als Uebergangsstadium. Wenn sie sich schließlich in Zeiten günstiger Konjunktur gelegentlich entschließen, einer Gewerkschaft beizutreten, so weniger, um darin intensiv und dauernd mitzuarbeiten, als weil sie hoffen, der sofort greifbaren materiellen Vorteile, die eine leistungsfähige Gewerkschaft ihren Mitgliedern bietet, rascher und sicherer teilhaftig zu werden. (Das letztere gilt allerdings nicht allein für die weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften.) Die idealen Ziele unserer Parteibewegung mögen der Arbeiterin sympathisch erscheinen, dagegen wird es ihr schwerfallen, die Notwendigkeit der politischen Organisation und der Anforderungen, die diese an ihre Mitglieder stellt, einzusehen. Wie die Mehrzahl der jungen Leute, die unsere Propagandaversammlungen besucht, nimmt die junge Arbeiterin daran teil, wenn sonst nichts los ist, mehr um sich zu unterhalten, als um etwas zu lernen. Wer von ihr erwartet, daß sie das Wesen der sozialistischen Arbeiterbewegung als notwendige Auswirkung des sozialen Entwicklungsprozesses begreifen und sich in den Erscheinungen des Klassenkampfes oder in den Zusammenhängen der politischen Tagesfragen bald zurechtfinde, stellt seine Anforderungen zu hoch.

Auf Grund ihrer Erziehung und ihrer sozialen Stellung fehlt auch der ledigen Arbeiterin Selbständigkeit und Freiheit im Denken und Handeln. Ihre Schulbildung und berufliche Bildung reichen zur Not für die elementarsten Ansprüche des Familienlebens und des Broterwerbes aus. Ihre Vorbereitung für das Gesellschaftsleben ist in der Regel noch mangelhafter als die der jungen Männer, wenigstens soweit dessen politische Seite in Betracht kommt. Ist es ein Wunder, wenn die leichter und lebensfroh veranlagten Elemente durch allerlei Vereine und Veranstaltungen, die angenehmer Unterhaltung dienen, viel stärker angezogen werden als durch unsere Parteibewegung? Wenn religiöse Vereine und deren Veranstaltungen sich eines besonders starken Zuspruches aus der Frauenwelt, nicht zuletzt der Arbeiterinnen, erfreuen, so deshalb, weil dort keine Ansprüche an Wissen und Denkvermögen des einzelnen Teilnehmers gestellt werden. Was da geboten wird, beruht auf Glauben, Hoffen und Wünschen, ist in hohem Maße Gefühlsache, an keine reale Wirklichkeit, an keine geschichtlichen Tatsachen gebunden. Was die religiösen Verbindungen ihren Anhängern bieten, sagt wissenschaftlich und sozial ungeschulten Leuten im allgemeinen, der Gemüts- und Seelenveranlagung der Frauen im besonderen besser zu als die Anforderungen, die eine politische Partei an ihre Mitglieder stellen muß. Ist bei den ledigen oder alleinstehenden Arbeiterfrauen die Bewegungsfreiheit etwas größer als bei den verheirateten, so dürfen aus den eben genannten Gründen die Erwartungen auf Erfolg, im Bemühen, sie für unsere Bewegung zu gewinnen, nicht allzu hoch gespannt werden.

Die sozialistische Propaganda unter den Frauen ist in der Schweiz eine schwierige, mühselige, undankbare Aufgabe, der auch auf Jahre hinaus nur bescheidene Erfolge blühen werden. Mit dieser Tatsache müssen alle, die sich mit ihr befassen, nicht zuletzt die Geschäftsleitung der Partei, die an der Spitze der Frauengruppen stehenden Genossinnen, rechnen.

III.

Angesichts der geschilderten Umstände erscheint es durchaus verständlich, wenn an einzelnen Orten oder in einzelnen Kantonen versucht wird, durch besondere Mittel und Methoden die Erfolgchancen zu steigern, wie das u. a. im Kanton Solothurn seit 1920 vermittelt des „Proletarischen Frauenbundes“ versucht wird, der den Arbeiterfrauen vollwertigen Ersatz für das bieten soll, was die bürgerlichen Frauenvereine ihren Mitgliedern bieten, ohne Zwang sich vorerst der Parteiorganisation anzuschließen. Das uns von Genosse Jacques Schmid mitgeteilte Programm gefällt mir an und für sich nicht schlecht, trotzdem wir daraus schließen müssen, daß wir es beim Proletarischen Frauenbund im Kanton Solothurn in der Hauptsache mit einer Organisation von Hausfrauen zu tun haben. Ueber den Wert und die Nachteile dieses Experimentes wird man heute noch nicht abschließend urteilen dürfen, sondern erst nachdem

die Resultate einer längeren Lebensdauer dieser Organisation vorliegen.

Solange es sich hauptsächlich darum handelt, die Arbeiterfrauen von bürgerlichen Vereinen und Veranstaltungen fernzuhalten, mag ein solcher Proletarischer Frauenbund vielleicht diesem Zwecke genügen; sodann möchten wir seinen praktischen Wert, den Arbeitersekretariaten im Kanton zu erhöhten Subventionen zu verhelfen, nicht unterschätzen.

Endlich wäre die Gewinnung von einigen hundert Frauen für den Dienst der Arbeiterbewegung, die Schaffung neuer Energien für das Ganze der Arbeiterbewegung wohl als besonders wertvolles Ergebnis dieser Gründung zu betrachten.

Selbst wenn Genosse Jacques Schmid, dessen Aussprüche ich eben wörtlich wiedergab, vielleicht etwas optimistisch urteilt, während er in seinen Angaben über das Wirken und die Resultate des Proletarischen Frauenbundes etwas summarisch verfährt, möchte ich mich unter Verhältnissen, wie sie im Kanton Solothurn bestehen, solchen Gründungen gegenüber nicht durchaus ablehnend verhalten.

Vorausgesetzt, daß die Leitung solcher Organisationen fest in der Hand von tüchtigen, d. h. in der sozialistischen Parteibewegung festsitzenden Genossinnen bleibt, die Energie und Einfluß genug besitzen, um Versuche, den Proletarischen Frauenbund früher oder später anderen, gegen unsere Parteibewegung gerichteten Zwecken dienstbar zu machen, vereiteln zu können, mögen sie als Vorbereitungsstadium und zur Schaffung von Stützpunkten im Sinne der Gewinnung der Arbeiterfrauen für unsere Bewegung gute Dienste leisten.

Wo die Parteibewegung ganz schwach ist, möchte ich vor solchen Gründungen warnen, diese würden bald der Führung unserer Parteigenossen entgleiten.

Wo sie stark ist, in größeren Städten und Industriezentren mit einer relativ gut entwickelten Gewerkschafts- und Parteiorganisation, sollte es dieses Zwischenstadiums nicht mehr bedürfen. Die Frauen, die Interesse, Bewegungsfreiheit und Mittel haben, um sich an unserer Bewegung zu beteiligen, sollten direkt der Parteibewegung angeschlossen werden können. Andernfalls besteht die Gefahr, daß solche Gründungen lediglich zu einer Einrichtung werden, um die Leistung finanzieller Beiträge an die Partei zu ersparen oder um Sonderzwecke zu verfolgen und Sonderbündelei zu treiben. Der seinerzeit existierende Arbeiterinnenverband, an den Genosse Schmid erinnert hat, war eine Art schweizerischer proletarischer Frauenbund, den wir, nach den gemachten Erfahrungen, keine Ursache haben, in den Kantonen wieder aufleben zu lassen.

Für Kantone wie Solothurn, Baselland oder Thurgau, wo die Parteibewegung zu schwach ist, um mit großen Mitteln die Propaganda für die Gewinnung der Arbeiterinnen zu betreiben, aber immerhin vielleicht stark

genug, um die Leitung solcher Vorbereitungsorganisationen in der Hand zu behalten, mag deren Schaffung zweckmäßig erscheinen.

Für die übrigen Kantone möchte ich davon abraten, sei es, weil wir keine Gewähr dafür haben, daß diese Gebilde nicht doch sich in gegnerische Formationen verwandeln oder sonstwie ausarten, sei es, weil die Parteiorganisation stark genug ist, um die Frauen, die überhaupt für unsere Sache zu gewinnen sind, der Parteiorganisation direkt anzuschließen.

Eine weitere, mit den vorliegenden Ausführungen zusammenhängende Frage über die bisherigen Erfahrungen mit den Frauengruppen, der Frauenzentrale und der Frauenkorrespondenz, sowie Anregungen zur Unterstützung ihrer Bestrebungen sollen Gegenstand einer besonderen Betrachtung bilden.

Arbeitsintensität und Betriebsdemokratie.

Von Friedrich Schneider.

I.

Es gehört in der Gegenwart zum guten Ton, daß die Leiter von Betrieben über die mangelnde Arbeitsfreude ihrer Lohnempfänger klagen. Von einer „Faulheitswelle“, die über Europa brande, wurde in den ersten Nachkriegsjahren gesprochen. Diese Beurteilung der Dinge war bei leitenden Persönlichkeiten fast allgemein zu finden. Die Leiter der Genossenschaften machten in ihrer Mehrzahl keine rühmlichen Ausnahmen. Zuzugeben ist, daß die ruhige Arbeit in den Betrieben in bewegten Zeiten, wo die wirtschaftlichen und politischen Fundamente der Gesellschaft zu wanken beginnen, auf Schwierigkeiten stößt. Die Arbeitsfreudigkeit geht zurück, die Unlust zur ruhigen Arbeit wird eine gesellschaftliche Erscheinung. Sie zeigt sich in mehr oder weniger starkem Maße nach der Stärke der Erschütterungen, die das Gesellschaftsgebäude mitmacht. Darauf ist der Rückgang der Produktion zurückzuführen. Rußland, wo die Umwälzungen aus Gigantische grenzen, hat zu Beginn der bolschewistischen Herrschaft nur ein Minimum der Friedensproduktion erreicht.

Aber nicht diese außergewöhnlichen Erscheinungen sollen einer Betrachtung unterzogen werden. Mit der Festigung der Verhältnisse, „Normalisierung“ ist dafür ein geflügeltes Wort, verschwinden sie nach und nach. Das, was bleibt, der graue Alltag, möchten wir zum Gegenstand dieser Abhandlung machen. Die Arbeitsfreudigkeit und mit ihr die Intensität der Betätigung ist kein Ding an sich. Sie